

DARMSTÄDTER INITIATIVE GEGEN RASSISMUS

Kommt mit uns nach Langen zur

DEMONSTRATION GEGEN RASSISMUS

Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Langen

SAMSTAG 25 FEBRUAR

Treffpunkt in Darmstadt: 10.15 Uhr, Hauptbahnhof.

Treffpunkt in Langen: 11.00 Uhr, Bahnhof.

Kundgebung auf dem alten SSG Sportplatz, Zimmerstraße.

**GLEICHE RECHTE FÜR ALLE! WEG MIT DEN
AUSLÄNDERGESETZEN! SCHLUB MIT DEN
ABSCHIEBUNGEN!**

'Neonazi-Partei vor Wahl verboten' verkündeten Presse und Fernsehen am 10. Februar. Die Nationale Sammlung (NS), die in ihrer Wahlkampfzeitung mit der Forderung 'Schein-Asylanten Raus! Ausländer Raus!' antrat, darf nun nicht an den hessischen Kommunalwahlen am 12. März teilnehmen. Zu dem von ihm verhängten Verbot der NS erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU): 'Dieser Schlag gegen Neonazis soll ein erneutes Zeichen und unübersehbares Warnsignal setzen.'

Das Verbot kam nachdem bundesweit 42 Wohnungen durchsucht und bei NS-Gründer Michael Kühnen Waffen und Munition gefunden wurden. Der hessische Innenminister Gottfried Milde war stolz darauf, erklären zu können, die Polizeiaktion zeige 'daß der Rechtsstaat fähig und bereit ist, Verfassungsfeinde zu bekämpfen' (Frankfurter Rundschau 10/2/89).

Der Ruf nach einem Verbot der Nationalen Sammlung, der FAP, DVU, NPD und anderer rechtsextremer Gruppen - bzw. nach ihrer Nichtzulassung zur Europawahl - steht auch im Mittelpunkt antifaschistischer Politik in der BRD. Das Verbot der NS mag bei manchen Menschen die beruhigende Vorstellung, der Staat sei dazu da, uns vor Rassisten und Rechtsextremen zu schützen, bestärkt haben. Aber ist dies eine realistische Strategie? Kann ein Staats- und Justizapparat, der darauf getrimmt ist, rassistische Ausländergesetze durchzusetzen, wirklich ein zuverlässiger Partner im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein?

Alfred Dregger, der Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, erklärte nach der Berlin-Wahl, daß die Republikaner in ihrem Programm